

DER TAGESSPIEGEL

UNABHÄNGIGE BERLINER MORGENZEITUNG

Täglich außer nach Sonn- und Feiertagen / Verlag Der Tagesspiegel G.m.b.H., Berlin W 35, Potsdamer Str. 87
 Telefon: Redaktion, Anzeigen, Vertrieb und Verwaltung: Sammel-Nr. 24 00 17 / Telegramme: Tagesspiegel
 Berlin / Fernschreiber: 018 3773 / Bankkonten: Berliner Disconto Bank A.G., Berliner Bank A.G., Bank für
 Handel und Industrie A.G., Berliner Commerzbank A.G. / Postcheck-Konto: Berlin West 105 / Bonner
 Redaktion: Bonn, Pressehaus / Telefon: 2 14 51, Fernschreiber: 088 6720 / Abonnementspreis bei freier Zu-
 stellung durch eigene Boten oder durch die Post 3,90 DM monatlich / Keine Ersatzansprüche bei Störungen
 durch höhere Gewalt / Anzeigenpreisliste Nr. 12 / Erfüllungsort und Gerichtsstand Berlin-Tempelhof



Geschäftsstellen: Charlottenburg, Katschberg 7, Tel. 92 67 58; Friedenau, Rheinstr. 62, Tel. 83 64 25;
 Grunewald, Hohenzollerndamm 84, Tel. 89 28 65; Hermsdorf, Heinsstr. 37, Tel. 40 88 87; Lankwitz,
 Leonorenstr. 71, Tel. 73 40 21; Lichterfelde W, Baseler Str. 12, Tel. 73 17 08; N 63, Möllerstr. 122b, Tel. 46 45 21;
 N 10 W 21, Alt-Moabit 86b, Tel. 39 27 40; Neukölln, Karl-Marx-Str. 184, Tel. 62 24 37; Reinickendorf 3, Scharn-
 weberstr. 49, Tel. 49 55 96; Schöneberg, Hohenstaufenstr. 25, Tel. 24 68 06; SO 36, Dresdener Str. 16, Tel.
 61 39 17; Spandau, Markt 2-3, Tel. 37 34 68; Steglitz, Schloßstr. 119, Tel. 72 12 42; Tempelhof, Tempelhofer
 Damm 2, Tel. 66 15 23; W 15, Kurfürstendamm 188, Tel. 91 64 94; W 30, Tauentzienstr. 1, Tel. 24 77 11; W 35,
 Potsdamer Str. 87, Tel. 24 00 17; Wilmersd., Uhlandstr. 137, Tel. 87 64 66; Zehlendorf, Berliner Str. 2, Tel. 84 70 25.

Nr. 3656 / 13. JAHRGANG

BERLIN, DIENSTAG, 17. SEPTEMBER 1957

15 PFENNIG auswärts 20 Pfennig

Unsere Meinung

Regierung und Opposition

Sx. Mit noch größerer Mehrheit als vor vier Jahren haben sich die Wähler für Sicherheit und gegen Experimente, für Konrad Adenauer und gegen einen Regierungswechsel entschieden. Aus aller Welt kommen die Glückwünsche. In einer Zeit, in der manches wankt und manches andere unsicher geworden ist, hat sich die Bundesrepublik als Faktor der Stabilität bewährt. Dem Manne, der in zäher Arbeit von acht Jahren dem deutschen Volk eine geachtete Stellung in der Welt verschaffte, hat der dankbare Wähler das Mandat um vier Jahre verlängert. In dieser Stunde des Triumphes sagte er als Sieger, ein so großer Wahlerfolg müsse auch nachdenklich stimmen: „Die Fülle der Verantwortung, die uns übertragen wurde, ist doch eine ernste Bürde, die derjenige tragen muß, der später einmal Bundeskanzler wird.“ Von der Verantwortung sprach auch einer seiner geschlagenen Rivalen. Nach Reinhold Maier trägt die CDU jetzt die „vollständige Verantwortung für alles“, was nach der Wahl in Angriff genommen wird. Die CDU werde nun sehen müssen, wie sie mit dieser Last der Verantwortung fertig werde. Man kann aus diesen Worten Bitterkeit herauslesen. Aber vielleicht spricht da auch ein Gefühl der Erleichterung mit. Dann hätte der schwäbische Führer der Freien Demokraten das Wahlergebnis gar nicht so schlecht gedeutet.

Diese Bürde zu tragen, mit dieser Last von Verantwortung fertig zu werden, das hat eben die große Mehrheit unseres Volkes keinem anderen als dem „Alten“ zuge-
 traugt. Einige Erleichterung hat wie Reinhold Maier viel-
 leicht auch Ollenhauer verspürt. Denn eine von der SPD
 geführte Regierung wäre im weltpolitischen Raum sehr
 bald auf die gleichen harten Realitäten gestoßen und hätte
 ihren Wählern bald erklären müssen, weshalb sie nun
 auch nicht viel anders regiere. Die SPD konnte niemals für
 sich allein auf eine absolute Mehrheit rechnen. Sie hoffte,
 zusammen mit der FDP, der Bayernpartei oder auch mit
 dem BHE das Regierungsmonopol der Regierung brechen
 zu können. Heute bucht sie es als Erfolg, wenigstens das
 Drittel der Parlamentssitze erobert zu haben, mit dem sie
 Verfassungsänderungen verhindern kann. Es ist eine jahr-
 zehntelange Erfahrung, daß die Sozialdemokratie mit leichten
 Schwankungen nach oben und unten immer nur unge-
 fähr dieses Drittel als ihren festen Besitz rechnen kann. Es
 liegt also in der soziologischen Struktur begründet, wenn
 die Sozialdemokratie für Regierungszwecke immer auf
 Koalitionsbildungen angewiesen war und wahrscheinlich
 bleiben wird. Diese Erkenntnis, das für die SPD Mögliche
 auch diesmal geschafft zu haben, könnte zur Heilung der
 Wunden eines verblühten Wahlkampfes beitragen.
 Bürgermeister Amrehn hat das schöne Wort gefun-
 den, jetzt käme es darauf an, daß die Niederlage die einen
 nicht in die Verblühter führt und der Sieg die anderen
 nicht überheblich macht.

Wenn diese Voraussetzungen von beiden Seiten erfüllt
 werden, dann kann sich die Opposition, enttäuscht in ihrer
 Hoffnung, Regierung zu werden, auch in ihrer Rolle als
 Opposition wieder wohlfühlen. Es besteht ein staatspoli-
 tisches und demokratisches Interesse daran, daß die Op-
 position sich mit dieser Rolle nicht aufbindet. Selbst in
 einem überschwenglichen Washingtoner Kommentar heißt
 es, eine starke Opposition sei wesentlich für die deutsche
 Demokratie. Das Wort von Mellies, die SPD hätte gegen
 alle Welt kämpfen müssen, ist übertrieben. (Woher hätte
 sie sonst ihren Stimmenzuwachs um 1,5 Millionen Wähler?)
 Aber wenn nach Ollenhauer eine gerechte Würdi-
 gung des Wahlergebnisses auch berücksichtigen müsse,
 daß der Wahlkampf mit sehr ungleichen Chancen zum
 Nachteil der SPD habe geführt werden müssen, dann ist
 es nur fair, ihm die Richtigkeit dieses Satzes zu beschei-
 nigen. Daß die Opposition sich unter so ungünstigen Um-
 ständen nicht nur behauptete, sondern auch ihrerseits
 einen Stimmengewinn von drei Prozent herausgeschlagen
 hat, ist auch eine Leistung.

Wie der Bundeskanzler mit den Worten über einen
 Nachfolger, der einmal die Last der Verantwortung zu
 tragen haben werde, auf längere Sicht dachte, sollten wir
 das auch tun. Deshalb scheint mir, neben der Behauptung
 der SPD als Opposition, auch das verhältnismäßig gute
 Abschneiden der Freien Demokraten bemerkenswert zu
 sein. Bei der Spaltung der Parlamentsfraktion hatten sie
 etwa ein Drittel ihrer Stärke eingebüßt. Eine ent-
 sprechende Abwanderung von Wählern zur bisherigen
 Regierungskoalition ist nicht eingetreten. Die FDP verlor
 nur 300 000 Wähler, nur anderthalb Prozent der Gesamt-
 stimmenzahl. Nach den tiefen Erschütterungen, die den
 Wähler über den Kurs der Partei nicht mehr klug werden
 ließen, ist das eine echte Wahlüberraschung, zumal die
 Befürchtung, ihre Stimme an eine Partei zu verschwenden,
 die an der 5-Prozent-Klausel scheitern könnte, viele liberale
 Wähler abgeschreckt haben dürfte. Mit 41 Mandaten
 bleibt die FDP ein politischer Faktor, und das Modewort
 vom Zug zum Zweiparteiensystem bedarf einer bedeuten-
 samen Einschränkung.

Die suggestive Kraft dieses Schlagwortes könnte näm-
 lich auch schaden. Sie könnte unserer parlamentarischen
 Demokratie die Möglichkeit nehmen, jederzeit eine Alternativ-
 regierung bereitzuhalten, was nun einmal die Demokra-
 tie von anderen Regierungssystemen unterscheidet.
 Solange unsere soziologische Struktur eine absolute Ma-
 jorität für die SPD allein ausschließt, bleibt unser parla-
 mentarisches Regierungssystem an Koalitionsmöglich-
 keiten verschiedener Art interessiert. Deshalb sollte die
 FDP jetzt auch nicht den Anschluß an die Regierungsko-
 alition erstreben. Der süddeutsche Liberalismus, der in
 Baden-Württemberg immerhin 14,4 Prozent der Wähler
 um sich sammelte, kann eine Reserveposition sein, von
 der man noch nicht wissen kann, wann unser politisches
 Leben von ihr Gebrauch machen müßte und welchen.

Über das Verschwinden des BHE aus dem Parlament
 könnten sich seine Führer eigentlich mit dem Bewußtsein
 trösten, daß der BHE seine Aufgabe als Partei erfüllt hat.
 Flüchtlinge, denen die Eingliederung gelungen ist, nicht
 zuletzt dank ihres politischen Zusammenschlusses, hören
 auf, Flüchtlinge zu sein und als Flüchtlinge zu wählen.
 Soweit ihnen das nicht gelungen ist, werden sie über
 Parteigrenzen hinweg eine starke „Lobby“ bleiben.

Die Rückwirkung von Bundeswahlen auf Berlin stellt
 sich erfahrungsgemäß mit einjähriger Verspätung heraus.
 Und nun kommen wir zu Moskau und bedienen uns
 eines Wortes aus dem Sprachschatz von Chruschtschow.
 Er kommt nun nicht mehr darum herum, daß nun noch ein-
 mal für vier Jahre die Regierung Adenauer eine „Tat-
 sache“ ist. Ob er wirklich ernstlich anderen Spekulationen
 nachzugehen hat? Dagegen spricht die Tatsache, daß er
 mit seiner Forderung direkter Verhandlungen zwischen
 Bonn und Pankow mit seinem brüskten Nein zu gesamt-

Der neue Bundestag nach Adenauers Wahlsieg

Konstituierende Sitzung am 15. Oktober in Berlin – Absolute Mehrheit für die CDU Nur noch vier Parteien vertreten

Tsp. Bonn. Nach dem überragenden Wahlsieg der CDU/CSU unter Bundeskanzler Adenauer hat Bundes-
 tagspräsident Gerstenmaier den neugewählten dritten Deutschen Bundestag gestern für den 15. Oktober zu
 seiner konstituierenden Sitzung nach Berlin einberufen.

In das Parlament werden nach dem Willen der Bevölkerung, der sich am Sonntag in einer Wahlbeteili-
 gung von 88 Prozent äußerte, vier Parteien einziehen. Mit 270 Abgeordneten hat die CDU/CSU wieder die
 absolute Mehrheit. Die SPD stellt 169 Abgeordnete, die FDP 41 und die Deutsche Partei/FVP 17 Parlamen-
 tarier. Der BHE und das Zentrum, die dem letzten Bundestag mit 27 beziehungsweise zwei Abgeordneten
 angehörten, erreichten diesmal nicht die für den Einzug ins Parlament erforderlichen fünf Prozent. Sie
 schieden aus. Die DP/FVP blieb zwar mit 3,4 Prozent ebenfalls unter der Sperrklausel. Sie konnte aber
 sechs Wahlkreise direkt gewinnen und damit der Bedingung entsprechen, daß für den Einzug ins Parlament
 entweder fünf Prozent oder drei Direktkandidaten erforderlich sind.

Bundeskanzler Adenauer suchte gestern Bundespräsident Heuss auf, um mit ihm über die Bewertung
 des Wahlergebnisses zu sprechen. Das gleiche Thema erörterte der Kanzler auch mit dem Vorsitzenden
 der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Krone.

Der dritte Bundestag wird am 15. Oktober um 15 Uhr in der Technischen Universität in Berlin-Charlot-
 tenburg zusammentreten, um seinen Präsidenten und die Vizepräsidenten zu wählen.

Im neuen Bundestag werden 497 Abgeordnete sitzen,
 zu denen noch die 22 Vertreter Berlins kommen, die aber
 nicht stimmberechtigt sind. Die gesetzliche Mindestzahl
 der Abgeordneten betrug 494. Sie erhöhte sich auf 497
 durch drei Überhangmandate der CDU in Schleswig-
 Holstein. Der prozentuale Stimmenanteil der vier Par-
 teien am Wahlergebnis beträgt: CDU/CSU 50,2 (1953:
 47,8 Prozent), SPD 31,8 (1953: 28,8), FDP 7,7 (1953:
 9,5), DP/FVP 3,4 (1953: 3,3).

Gegenüber der Wahl von 1953 konnten CDU, SPD und
 DP Mandatsgewinne erzielen. Die CDU/CSU ist im neuen

für die CDU Gewinne zwischen drei und acht Prozent.
 Geringere Gewinne von 0,7 bis zu drei Prozent gab es in
 Hamburg, Baden-Württemberg, Schleswig-Holstein und
 Rheinland-Pfalz.

Die SPD verbesserte sich prozentual am meisten in
 Hamburg und Bremen. Sie erhielt dort über sieben Pro-
 zent mehr Stimmen als bei den letzten Bundestagswahlen.
 Den geringsten Stimmenzuwachs buchte sie mit 1,6 Pro-
 zent in Nordrhein-Westfalen. In Niedersachsen, Baden-
 Württemberg, Bayern, Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein

und Hessen lagen die Stimmengewinne zwischen 2,7 und
 5,7 Prozent.

Baden-Württemberg und Schleswig-Holstein sind die
 einzigen Länder, in denen die FDP ihren Stimmenanteil
 erhöhen konnte. In allen übrigen Ländern büßte sie zwis-
 chen 0,9 und 11,3 Prozent ein. Die größten Verluste erlitt

Die Zusammensetzung des Bundestages

* In Klammern: Zahl der hinzukommenden Berliner Abgeordneten.

Abgeordnete von	1957	1953
CDU/CSU	270 (+ 7)*	244 (+ 6)
SPD	169 (+ 12)	151 (+ 11)
FDP	41 (+ 2)	48 (+ 5)
DP/FVP	17 (+ 1)	15
BHE	—	27
Sonstige	—	2
Insgesamt	497 (+ 22)	487 (+ 22)

sie in Hessen, dem Ausgangsort der sogenannten „Euler-
 Revolte“, nach der sich die Partei spaltete.

Im Saarland, das zum erstenmal an den Bundestags-
 wahlen teilnahm und dem wegen seiner wirtschaftlichen
 Probleme eine gewisse Sonderstellung zukommt, zeigte
 sich wie im übrigen Bundesgebiet ein starker Trend zur
 CDU und SPD. Die CDU erreichte einen Zuwachs von acht
 Prozent, und die SPD konnte vom vierten auf den zweiten
 Platz vorstoßen.

Pfleiderer zur Berichterstattung nach Bonn berufen

Belgrad erkennt Oder-Neiße-Linie offiziell an

Bonn Verhandlungen mit Pankow „empfohlen“ — Das Kommuniqué von Belgrad

Bonn/Belgrad (UP/dpa). Der deutsche Botschafter
 in Belgrad, Pfeleiderer, ist von der Bundesregierung am
 Montag telegraphisch angewiesen worden, sofort zur Be-
 richterstattung nach Bonn zu kommen, nachdem Jugosla-
 wien wenige Stunden zuvor offiziell die Oder-Neiße-
 Linie als endgültige deutsch-polnische Grenze anerkannt
 und sich gleichzeitig hinter die sowjetische These von der
 Existenz zweier deutscher Staaten gestellt hatte. Die jugo-
 slawische Stellungnahme ist in einer gemeinsamen Er-
 klärung enthalten, die zum Abschluß des Besuchs der
 polnischen Delegation in Belgrad unterzeichnet worden ist.
 In dieser Erklärung hat Jugoslawien als erstes Land, das
 diplomatische Beziehungen zur Bundesrepublik unterhält,
 die Oder-Neiße-Linie anerkannt. Botschafter Pfeleiderer
 wird bereits am Mittwoch in Bonn erwartet. Unterrichtete
 Bonner Kreise glauben, daß die Betonung der Oder-Neiße-
 Linie durch das polnisch-jugoslawische Kommuniqué auch
 die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Bonn

und Warschau, die von der Bundesrepublik in letzter Zeit
 ins Auge gefaßt worden war, erschweren könnte.

Im einzelnen heißt es in der von Tito und Gomulka
 unterzeichneten Erklärung zur Deutschlandfrage: „Jede
 Lösung des deutschen Problems muß von der Tatsache
 ausgehen, daß zwei deutsche Staaten bestehen. Die Regie-
 rungen Jugoslawiens und Polens vertreten den Stand-
 punkt, daß zur Lösung der deutschen Frage vor allem die
 Herstellung von Kontakten und die Führung direkter Ge-
 spräche zwischen der DDR und der Bundesrepublik nötig
 sind mit dem Ziel, befriedigende Lösungen sowohl für
 das deutsche Volk als auch für die europäische Sicherheit
 zu finden. Den Rechten des polnischen Volkes Rechnung
 tragend, betrachtet die Regierung Jugoslawiens die be-
 stehende Oder-Neiße-Grenze, die im Potsdamer Abkom-
 men festgelegt und von der DDR anerkannt wurde, als die
 endgültige deutsch-polnische Grenze. Die Anerkennung
 der polnischen Westgrenze durch die Staaten, die diese
 Anerkennung bisher nicht vollzogen haben, würde
 ein Beitrag zur Stabilisierung der europäischen Beziehun-
 gen und zur Festigung des Friedens in diesem Teil der
 Welt sein.“ Polen und Jugoslawien sprachen sich weiter
 für die „Wiedervereinigung Deutschlands zu einem fried-
 liebenden und demokratischen Staat“ und für ein europäi-
 sches Sicherheitssystem aus. Die beiden Gesprächspartner
 forderten in dem Teil der Erklärung, die internationale
 Fragen behandelt, ein Verbot der Herstellung und der An-
 wendung von Atomwaffen und eine Einstellung der Atom-
 versuche, die Aufnahme Rotchinas in die UNO und eine
 Politik der „aktiven Koexistenz“ zwischen Staaten ver-
 schiedenen gesellschaftlichen Systems und bekannten sich
 zu einer Politik der Nichteinmischung.

In dem Kommuniqué wird ferner betont, daß im gegen-
 wärtigen Zeitpunkt bilaterale Beziehungen zwischen kom-
 munistischen und sozialistischen Parteien entwickelt wer-
 den sollten. Jugoslawien und Polen kamen überein, Kon-
 sultationen aufzunehmen, wenn immer es nötig sein sollte.
 Man beschloß ferner, eine gemeinsame Kommission zur
 Erweiterung der Wirtschaftsbeziehungen einzusetzen und
 die kulturellen Beziehungen zu festigen.

Revision im Iller-Prozess eingeleitet

Kempten (dpa). Der Kemptener Oberstaatsanwalt hat
 jetzt endgültig gegen die drei Urteile im Iller-Prozess Re-
 vision eingeleitet. Wie am Montag bekannt wurde, hat auch
 der Verteidiger gegen das über den Angeklagten Julitz
 verhängte Urteil Revision gefordert. Beide Revisionen
 sollen zunächst dem Generalstaatsanwalt in München vor-
 gelegt werden, ehe sie an den Bundesgerichtshof in Karls-
 ruhe weitergeleitet werden.

Zwei neue Verkehrsofper

Tsp. Berlin. Ein Mann und eine Frau starben über
 das Wochenende als Opfer von Verkehrsunfällen. Da-
 durch erhöht sich die Zahl der Verkehrstoten des Monats
 auf elf und die des Jahres auf 234.

HEUTE — GESTERN — MORGEN

DAMASKUS. In der unmittelbaren Nähe der Sowjet-
 botschaft in Damaskus sind zwei Sprengkörper explo-
 diert. Menschen kamen nicht zu Schaden. (UP)

PRAG. Eine umfassende Dezentralisierung, die die Ver-
 waltung vereinfacht und eine starke Beteiligung der
 Arbeiter an der Leitung der Industriebetriebe gewähr-
 leisten soll, wird in Kürze in der Tschechoslowakei ein-
 geleitet werden. (dpa)

LONDON. Mit militärischen Vorführungen und Ausstel-
 lungen hat England den 17. Jahrestag der Schlacht um
 England gefeiert. (dpa)

WASHINGTON. Der amerikanische Vizepräsident
 Nixon wird voraussichtlich im Herbst Westeuropa be-
 reisen. (dpa)

WARSAU. Der polnische Verteidigungsminister Ge-
 neral Spichalski wird Ende dieses Monats Rotchina be-
 suchen. (UP)

Wahlberichte und Tabellen im Innern des Blattes

Bundestag mit 27 Abgeordneten mehr vertreten als bisher.
 Die SPD konnte 18 Sitze mehr erringen, die DP 2 Sitze. Die
 FDP, die bisher mit 48 Abgeordneten vertreten war, büßte
 sieben Mandate ein. Von den 247 Direktkandidaten stellt
 die CDU/CSU mit 194 über Dreiviertel davon. Die SPD
 errang 46, die DP sechs und die FDP einen Kandidaten.

Von den 35,2 Wahlberechtigten gaben 31,1 Millionen
 ihre Stimme ab. Das entspricht einer Wahlbeteiligung von
 88 Prozent. Sie war damit höher als 1953 und 1949. Sie
 betrug vor vier Jahren 86 und 1949 78,5 Prozent.

Um 0,7 bis zu 9,3 Prozent konnte die CDU/CSU in den
 einzelnen Bundesländern ihren prozentualen Stimmen-
 anteil verbessern. Die Stimmengewinne der Sozialdemo-
 kraten liegen zwischen 1,6 und 7,7 Prozent, während die
 Freien Demokraten nur in zwei Ländern ihren Stimmen-
 anteil verbessern konnten, in allen übrigen Gebieten
 aber beträchtliche Verluste erlitten. Den größten Stimmen-
 zuwachs erzielte die CSU in Bayern. Er beträgt über neun
 Prozent. Die CSU erhielt dort alle 47 Direktmandate. Drei
 davon nahm sie der SPD, zwei der FDP weg. Hessen,
 Nordrhein-Westfalen, Bremen und Niedersachsen brachten

Regierung auf breiter Basis erstrebt

CDU-Kreise um Beteiligung auch der FDP bemüht — Lemmer Kaisers Nachfolger?

Von unserem Bonner Büro
 skf. Bonn. Die Zusammensetzung des neuen Bundes-
 kabinetts und die Entwicklung der Parteien nach den Bun-
 destagswahlen bildeten gestern die Hauptgesprächs-
 themen in Bonn. Man erwartet, daß die CDU sich trotz
 ihrer absoluten Mehrheit bemühen wird, nicht nur die DP,
 sondern auch die FDP als Koalitionspartner zu gewinnen.
 Die Vorstellung, eine bürgerliche Partei in der Opposition
 zu wissen, scheint der CDU nicht sonderlich angenehm zu
 sein. Bundestagspräsident Gerstenmaier hat bereits er-
 klärt, er würde eine Beteiligung der FDP an der Regie-
 rung begrüßen. Diese Auffassung Gerstenmaiers wird
 freilich nicht überall in der Partei geteilt. Selbst diejenigen
 Christlichen Demokraten, die eine Hereinnahme der FDP
 befürworten, stellen die Bedingung, daß der Einfluß des
 Bundeswahlkampfleiters Döring vorher ausgeschaltet wird.

Nach erster Äußerung aus FDP-Kreisen wollen die
 Freien Demokraten auf jeden Fall in der Opposition blei-
 ben. Döring glaubt fest, daß ein derartiger Beschluß keine
 innerparteilichen Schwierigkeiten zur Folge haben werde.
 Die Freien Demokraten rechnen freilich damit, daß sie in
 der nächsten Zeit unter Druck gesetzt werden, damit sie
 in eine Koalition mit der CDU eintreten. Wahrscheinlich
 werden die Fördergesellschaften, die die FDP auch als
 Oppositionspartei finanziert haben, den Geldbeutel höher
 hängen. Die FDP ist jedoch zur Zeit entschlossen, um
 keinen Preis wiederum als „Feigenblatt“ für die CDU-
 Politik zu dienen. Sie fürchtet, daß sich bei einem Eintritt
 in die Koalition erneut bei manchem ihrer Mitglieder ein
 Konflikt zwischen der Objektivität zu Adenauer und der
 zur eigenen Partei ergeben könnte. Ein derartiger Objek-
 tivitätskonflikt hatte 1956 zur Spaltung der Partei geführt.

Falls sich an dieser Haltung der FDP nichts ändert, wird
 die neue Koalition genau so aussehen wie die in den letz-
 ten Monaten vor den Wahlen. Daran, daß die DP wieder
 mit der CDU zusammengeht, besteht kein Zweifel. Ausein-
 andersetzungen dürfte es über die Zahl der Minister-

deutschen Wahlen der Opposition mehr Knüppel zwischen
 die Beine geworfen hat als ihren Gegnern im Wahlkampf.
 Der Bundeskanzler ist der letzte, der sein Werk schon für
 abgeschlossen, seine Aufgabe schon für vollbracht hielt.
 Er hat die deutsche Westpolitik auf feste Füße gestellt,
 aber die deutsche Ostpolitik muß noch in Ordnung ge-
 bracht werden. Mit seinem Votum hat der Wähler zum
 Ausdruck gebracht, daß er auch diese Aufgabe lieber in
 den Händen Adenauers weiß, daß er ihre Lösung in Frei-
 heit und Sicherheit ihm eher zutraut als einem seiner
 Rivalen. Daran wird Adenauer gedacht haben, als er die
 Fülle der ihm übertragenen Verantwortung eine ernste
 Bürde nannte. Möge sie ihm in verständnisvoller Arbeits-
 teilung zwischen Regierung und Opposition als den bei-
 den Trägern freiheitlicher Demokratie erleichtert werden.

sitze für die Deutsche Partei geben. Im zweiten Bundestag
 stellte die DP/FVP mit 35 Abgeordneten vier Minister
 (Blücher, Preusker, Merkatz und Seeböhm). Jetzt hat sie
 nur noch 17 Abgeordnete. Man erwartet, daß die CSU, die
 bayerische Schwesterpartei der CDU, deren Abgeord-
 netenzahl von 47 auf 55 gestiegen ist, den Posten des
 Vizekanzlers für sich verlangen wird. Aber auch die nord-
 rhein-westfälische CDU, die mit Arnold, Etzel und Meyers
 einige profilierte Köpfe mit Ministerqualifikation in den
 Bundestag schickt, wird voraussichtlich personelle Forde-
 rungen erheben und ebenfalls den Vizekanzlerposten be-
 anspruchen. CDU-Kreise haben bereits die etwas über-
 spitzte Formulierung geprägt, die Kanzlerpartei zerfallt
 in drei Koalitionspartner: die CSU, die Nordrhein-West-
 falen und die übrige CDU. Auf jeden Fall wird die Regie-
 rungsbildung wohl nicht ganz einfach sein. Nicht ausge-
 schlossen ist, daß Blücher als Ergebnis eines Kompro-
 misses Vizekanzler bleibt, wie schon bei der Kabinetts-
 krise im Herbst 1956.

Die meisten CDU-Minister des zweiten Kabinetts
 Adenauer werden bleiben. Neu zu besetzen sind das
 Atomministerium und das Ministerium für Gesamtdeut-
 sche Fragen. Kaiser hat aus Gesundheitsrücksichten nicht
 mehr kandidiert und Balke will wieder einen Posten in
 der Privatwirtschaft annehmen. Bonner politische Kreise
 würden es begrüßen, wenn Ernst Lemmer vom Post-
 ministerium in das Gesamtdeutsche Ministerium über-
 wechseln würde, das ein Reservat Berlins und der Exil-
 CDU ist. Der CDU-Fraktionsvorsitzende Krone, der ge-
 legentlich als möglicher Nachfolger Kaisers genannt
 worden war, wird aller Voraussicht nach auf seinem bishe-
 rigen Posten bleiben. Als sicher gilt, daß im Arbeitsmini-
 sterium ein Wechsel stattfindet. Arnold oder Blank kommen
 als Nachfolger Storchs in Frage. Vielleicht wird das Fa-
 milienministerium mit einer Frau besetzt werden.

Völlig ungeklärt ist zur Zeit, ob ein Europaministerium
 geschaffen werden wird. Dieser Plan wird von Krone be-
 fürwortet, von Brentano und Erhard aber abgelehnt. Die
 von der DP und einigen Bayernverbänden geäußerte Kri-
 tik an dem Ernährungsminister Lübke hat Anlaß zu eini-
 gen Spekulationen über die Neubesetzung dieses Postens
 gegeben. Auch die Rückkehr Seeböhms in das Verkehrs-
 ministerium steht noch zur Diskussion.

Vielfach wird in Bonn die Ansicht geäußert, die CDU
 habe ihre Bewährungsprobe noch vor sich. Denn jetzt
 müsse sie erst beweisen, wie sie innerparteilich mit ihrer
 absoluten Mehrheit fertig werde. Auch in dieser Frage ist
 die CDU zuversichtlich. Sie betont, Arbeiterschaft, Jugend
 und evangelische Wähler hätten sich viel stärker als er-
 wartet zur CDU bekannt. Damit sei die Gefahr einer
 Einseitigkeit gemindert, der Unionsgedanke habe sich er-
 neut bewährt. Man bestreitet bei der CDU nicht, daß die

Fortsetzung Seite 2, Spalte 1